

401(k) Plan: Pensionsansparplan, der vorwiegend von den Angestellten finanziert wird. Die Idee stammt aus den USA und ist nach einer Sektion des US Internal Revenue Code benannt. Der angesparte Einkommensanteil ist bis zur Auszahlung steuerfrei. In der Regel bezahlen auch die Arbeitgeber einen kleinen Anteil zur Pension. Allerdings haben einige Unternehmen, darunter Coca-Cola, FedEx und General Motors, wegen der Rezession ihre Zuschüsse eingestellt. (Seite 30)

Austeritätspolitik: Austerität = Disziplin, Sparsamkeit; Budgetpolitik, die einen ausgeglichenen Staatshaushalt ohne Neuverschuldung anstrebt. Unter Experten ist umstritten, ob die Ausgabendisziplin eines Staates tatsächlich geeignet ist, besonders in Krisenzeiten wirtschaftliche und politische Stabilität herzustellen und die nationale Handlungsfähigkeit nachhaltig zu erhöhen, oder ob sie eher die Fähigkeit eines Staates einschränkt, souverän zu steuern. (Seite 21)

Cameron, David: konservativer britischer Politiker, geb. 1966, seit Mai 2010 Premierminister. (Seite 10)

Chicago Boys: Gruppe chilenischer Wirtschaftswissenschaftler, die von 1956 bis 1970 größtenteils in Chicago studiert haben und von den Ideen Hayeks und Milton Friedmans inspiriert waren. Sie wurden in Chile unter der Herrschaft Augusto Pinochets wirtschafts- und sozialpolitisch sehr einflussreich und bekleideten zum Teil Ministerämter. Überzeugt von der Überlegenheit freier Märkte, führten sie zahlreiche Privatisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen durch. Auch in anderen lateinamerikanischen Staaten konnten Ökonomen der Chicagoer Schule Einfluss gewinnen. Eine Zeit lang waren die von den Chicago Boys empfohlenen Maßnahmen erfolgreich, z. B. normalisierte sich die Inflation. 1982 schließlich schlitterte Chile in eine schwere Rezession. (Seite 31)

Draghi, Mario: italienischer Banker und Wirtschaftswissenschaftler, geb. 1947, der ehemalige Präsident von Goldman Sachs International ist seit November 2011 Präsident der Europäischen Zentralbank. (Seite 8)

Europa-2020-Strategie: Wirtschaftsprogramm der EU, das im Juni 2010 nach Vorschlag der Kommission vom Europäischen Rat verabschiedet wurde und als Nachfolgeprogramm der Lissabon-Strategie gilt. In den fünf Bereichen Beschäftigung, Innovation, Bildung, soziale Integration und Klima/Energie wurden Kernziele festgelegt, die in jedem EU-Staat in eigene nationale Ziele umgesetzt wurden. Für Österreich sind die Ziele bis 2020 unter anderem: 77 bis 78 Prozent Beschäftigungsquote (EU-Ziel: 75 Prozent); 3,76 Prozent des Budgets für Forschung und Entwicklung (3 Prozent); CO₂-Ausstoß im Vergleich zu 1990 minus 16 Prozent (EU: minus 20 Prozent); Senkung der SchulabbrecherInnenquote auf 9,5 Prozent (EU: 10 Prozent); AkademikerInnenquote unter den 30- bis 34-Jährigen mindestens 38 Prozent (EU: 40 Prozent). Reduzierung des Anteils der ÖsterreicherInnen unter der nationalen Armutsgrenze um 235.000 Personen. EU-weit sollen 20 Mio. BürgerInnen der Armut entkommen. (Seite 18)

Europäisches Semester: Das 2011 mit der Europa-2020-Strategie eingeführte „Europäische Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik“ ermöglicht der EU-Kommission die frühzeitige Überprüfung der

nationalen Haushalts- und Reformentwürfe, bevor diese von den nationalen Parlamenten beschlossen werden. Alljährlich im Jänner wird mit dem Jahreswachstumsbericht die wirtschaftliche Lage der gesamten EU sowie der einzelnen Mitgliedsstaaten analysiert. Im März einigt sich der Europäische Rat auf die wichtigsten Maßnahmen. Bis April müssen die Mitgliedsstaaten ihre Stabilitäts- bzw. Konvergenzprogramme zu ihren nationalen Haushalten vorlegen. Diese dienen als Grundlage für die länderspezifischen Empfehlungen, die von der Kommission bis Juni für jeden einzelnen Mitgliedsstaat erarbeitet und vorgestellt werden. Diese Empfehlungen werden von den Mitgliedsstaaten bei der Verabschiedung der nationalen Haushaltspläne und Politikmaßnahmen berücksichtigt. Der Jahreswachstumsbericht des Folgejahres evaluiert, ob und inwiefern die länderspezifischen Empfehlungen von den Mitgliedsstaaten einbezogen wurden. (Seite 45)

Euro-Plus-Pakt: Im März 2011 von 17 Staatschefs von Eurozonen- und sechs EU-Staaten vereinbartes Maßnahmenpaket, um eine größere Konvergenz der Länder der Eurozone zu erreichen und Haushaltskrisen in Eurozonen-Staaten in Zukunft zu vermeiden. (Seite 35)

Fiskalpakt: auch Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (SKS-Vertrag). Im Dezember 2011 einigten sich die Länder der Eurozone auf Obergrenzen für die Staatsverschuldung (= Schuldenbremse) und Strafen für jene Länder, die diese Grenzen missachten. Auch die meisten Nicht-Euro-Länder erklärten sich einverstanden. Geplant war ursprünglich, den Fiskalpakt durch eine Änderung des EU-Vertrags von Lissabon durchzusetzen, was am Veto von Großbritannien scheiterte. Daher trat der Fiskalpakt in Form eines zwischenstaatlichen Vertrages Anfang 2013 in Kraft. Der Europäische Fiskalpakt war ein weiterer Schritt zur Fiskalunion mit gemeinsamem Budget, gemeinsamer Steuerpolitik etc. (Seite 18)

Freiheit: hier: zunächst radikal-sozialdemokratische, später anarchistische Zeitschrift, die von 1879 bis 1910 – zum Teil mit unterschiedlichen Tarntiteln – von Johann Most herausgegeben und in Wien, der Schweiz, London und New York gedruckt wurde. (Seite 11)

Füle, Štefan: tschechischer Diplomat, geb. 1962, ehemaliger parteiloser Minister für europäische Angelegenheiten in der einjährigen Übergangsregierung von Jan Fischer, seit Februar 2010 EU-Kommissar für Erweiterung und europäische Nachbarschaftspolitik. (Seite 45)

Kralik, Emil: österreichischer Journalist und Politiker (1864–1906). Als gelernter Buchdrucker wanderte er durch Europa, zurück in Wien wurde er Ende 1886 Obmann-Stellvertreter der Fachorganisation der Buchdrucker. Kralik arbeitete u. a. mit Victor Adler zusammen, schrieb für die Arbeiter-Zeitung und die Arbeiterinnenzeitung. Unter dem Pseudonym Habakuk kreierte er für das sozialdemokratische Witzblatt „Die Glühlichter“ die Figur des Herrn von Bauchinger als Inbegriff eines Wiener Spießbürgers. (Seite 11)

Morris, William: britischer Maler, Architekt und Dichter (1834–1896), Begründer der sozialistischen Bewegung in Großbritannien. (Seite 11)

Most, Johann (John): deutscher Publizist (1846–1906), Redner und Herausgeber der Zeitschrift „Freiheit“, wandte sich schon als 13-Jähriger gegen die „Prügelpädagogik“ und musste die Schule verlassen, weil er einen Schülerstreik organisierte. Wegen seiner Tätigkeit für die Sozialdemokraten war er mehrmals in Haft, wandte sich dann immer mehr dem Anarchismus zu und emigrierte 1882 nach Amerika. Dort war er u. a. Organisator der ersten großen Kirchenaustrittsbewegung. (Seite 11)

Riester-Rente: staatlich geförderte, privat finanzierte Rente in Deutschland. Namensgeber ist Walter Riester, der als Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (1998–2002) für diese Form der privaten Vorsorge plädierte. (Seite 30)

Scheu, Andreas: österreichischer sozialdemokratischer Politiker und Pionier der Arbeiterbewegung (1844–1927); nach seiner Emigration zählte er auch zu den Mitarbeitern von John Most und der „Freiheit“. (Seite 11)

Six-Pack: hier: Bezeichnung für insgesamt sechs europäische Verordnungen und Richtlinien, die die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und das neue gesamtwirtschaftliche Überwachungsverfahren auf den Weg bringen sollten. Sie wurden in den Verhandlungen zwischen Europäischem Rat und Parlament gebündelt. Zur Verbesserung der Haushaltsdisziplin in den Mitgliedsstaaten des Euro-Währungsgebiets greifen eventuelle Sanktionen nun früher und konsequenter als bisher. Der Six-Pack trat am 13. Dezember 2011 in Kraft. (Seite 34)

Sozialinvestitionspaket: Die Europäische Kommission hat die Mitgliedsstaaten aufgefordert, Sozialinvestitionen prioritär zu behandeln und ihre Systeme der sozialen Sicherheit zu modernisieren. Dazu gehören bessere Strategien der aktiven Inklusion und ein effizienterer und effektiverer Einsatz von Haushaltsmitteln im Sozialbereich. Diese Aufforderung wurde in Form einer Mitteilung zu Sozialinvestitionen für Wachstum und sozialen Zusammenhalt Anfang 2013 verabschiedet.

Two-Pack: Im Mai 2013 in Kraft getretene Verordnungen als Ergänzung (Verschärfung) des EU-Six-Pack, durch die die EU-Kommission noch mehr Möglichkeiten zur Kontrolle der nationalen Haushalte erhält. Die erste Verordnung des neuen Two-Pack betrifft alle Euro-Staaten und stellt besondere Regeln für jene Länder auf, die sich in einem Defizitverfahren befinden. Die Euro-Mitgliedsstaaten müssen nach den neuen Regeln bereits frühzeitig ihre Prioritäten und Budgetentwürfe an die Kommission übermitteln. Die Kommission wird diese Budgetentwürfe jeweils im Herbst prüfen und kann sie – wenn sie ihrer Meinung nach nicht den Sparsvorschriften des Stabilitätspaktes entsprechen – zurückweisen. Die zweite Verordnung ermöglicht eine verstärkte Überwachung jener Staaten, die sich in ernsthaften Stabilitätsschwierigkeiten befinden oder bereits finanzielle Unterstützung aus dem Rettungsschirm erhalten. (Seite 34)

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV): Er bildet gemeinsam mit dem Vertrag über die Europäische Union (EUV) die primärrechtliche Grundlage des politischen Systems der EU (= Gründungsverträge). (Seite 13)